Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Haussallee 2–10, 5300 Bonn 1

Postfach. 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Eckart Kuhlwein, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, fordert eine stärkere Beschäftigung der Schule mit der technischen Entwicklung: Bewußtsein darf nicht hinter Fortschritt herhinken. Seite 1

Egon Lutz, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion für Arbeit und Sozialordnung, kommentiert eine Erfolgsmeldung vom Arbeitsmarkt: Widerspruchsausschüsse für Arbeitslose bleiben erhalten. Seite 5

Volker Neumann, Obmann im Unterausschuß Humanitäre Hilfe des Bundestages, spricht sich nach Einstellung der Gebührenfreiheit der Polen-Pakete für weitere humanitäre Hilfe aus. Seite 6

Emil Werner, ehemaliger Sprecher der bayerischen SPD, zum sechzigsten Todestag von Georg von Vollmar. Seite 7

37. Jahrgang / 121 30. Juni 1982

Technik und Bildung

Schule muß Bewußtsein für Fortschritt vermitteln

Von Eckart Kuhlwein MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Der Beitrag des Bildungswesens zur Verbesserung der Technikakzeptanz der Jugend ist begrenzt. Dort, wo Technik nicht akzeptabel ist, kann die Schule sie auch nicht akzeptabel machen. Was die Schule jedoch tun kann, bereits tut und in Zukunft verstärkt tun muß, ist die Aufarbeitung des Themas in seiner ganzen Breite im Unterricht.

Die Schüler bemängeln selbst, daß sie über Technik und die damit verbundenen Probleme in der Schule zu wenig erfahren. So meinen nach einer jüngsten Infratestuntersuchung 75 Prozent der Jugendlichen, man lerne in der Schule zu wenig über Technik. In der Allensbach-Umfrage vom Frühjahr des Jahres antworten 63 Prozent der Gymnasiasten auf die Frage, welche Themen im Unterricht mehr behandelt werden sollten,

- "wie man Technik und Umwelt in Einklang bringen kann". 53 Prozent möchten mehr "die Risiken des technischen Fortschritts" behandelt wissen. Und 41 Prozent der Schüler der gymnasialen Oberstufe möchten im Schulunterricht erfahren, "wie Technik Lebensraum zerstört".

Wie ich meine, deutliche Zahlen, die uns zu denken geben sollten.

Eine Forderung an die Schule: Es gilt nicht nur, die Frage der Technikakzeptanz im Unterricht verstärkt aufzugreifen. Technik als ganzes ist in unserem allgemeinbildenden Schulwesen trotz positiver Ansätze noch immer Stiefkind. Zwar haben wir die Fächer Informatik und Arbeitslehre. Aber es wird immer noch nicht ausreichend von der Möglichkeit, in die reformierte gymnasiale Oberstufe mehr berufsorientierte, technische Angebote aufzunehmen, Gebrauch gemacht. Auch kommen die Bemühungen um eine breite Einführung der Arbeitslehre für alle Schüler, auch Realschüler und Gymnasiasten, und damit auch mehr technische Inhalte, nur schleppend voran. Schließlich sind die Versuche zu einer fächer-

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108–112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

übergreifenden, projektbezogenen Behandlung von Technik im Unterricht über erste Anfänge nicht hinausgekommen. Eine Untersuchung der Curricula des Fachs Arbeitslehre etwa hat ergeben, daß von den insgesamt 284 vorliegenden Materialien sich nur ganze sieben mit Technik befassen. Dies ist zu wenig und entspricht nicht der Bedeutung und Funktion von Technik in unserer Gesellschaft, die Schule scheint hier in Gefahr, ein Stück Lebenswirklichkeit zu verpassen. Durch Untätigkeit wird die Technik nicht sozial verträglicher, ihre Durchsetzung zum Beispiel im Arbeitsleben nicht verhindert.

Was muß die Schule nun im einzelnen und konkret tun?

Ich will mit einer provozierenden Behauptung beginnen, die allerdings nur ein Teil des Anwendungsbereichs von chips in allen Lebensbereichen trifft: Die Anforderungen aus der Mikroelektronik sind überhaupt nicht neu. Bildungsmäßig sind es dieselben Anforderungen, die der Einsatz beziehungsweise der Umgang mit der seit mehr als 30 Jahren bekannten "EDV" stellte. Nur in Bezug auf physikalische Abmessungen, Preis, Robustheit und Energieverbrauch hat es da eine - hier allerdings dramatische und rapide - Entwicklung gegeben: Die Leistung früherer Großcomputer ist heute in Form einer besseren Schreibmaschine und zum Preis von weniger als einem Kleinwagen erhältlich. Das eigentliche "Herz" des - seelenlosen - Computers ist dabei schon auf Fingernagelgröße geschrumpft, und der Massenherstellungspreis ist zum Teil deutlich unter 100 DM gefallen.

Diese Entwicklung bringt es mit sich, daß heute Computerleistung nicht mehr nur in zentralen EDV-Abteilungen, in klimatisierten Räumen als Großcomputer, zur Verfügung steht. Computerleistung kann heute "vor Ort" gebracht werden und in einem Maße in Produkten und Verfahren, aber auch im täglichen Leben außerhalb des Produktionsbereichs verwendet werden, bei denen früher die Verwendung von EDV-Kapazität bereits aus Kostengründen undenkbar gewesen wäre. Daraus resultiert aber auch die erwartete, wesentlich breitere Betroffenheit von Berufstätigen und Bürgern.

Das, was früher nur eine vergleichsweise begrenzte Gruppe von EDV-Fachleuten anging, wird - und dies zeichnet sich deutlich genug ab - in Zukunft auch im Alltags- und Berufsleben wesentlich breiterer Teile der Bevölkerung auftauchen. Damit geht auch eine Veränderung in der Bildungsvermittlung einher. Aus Teilen, zumindest den Grundlagen von Spezial- beziehungsweise "Elitewissen", wird Allgemeinbildung. So, wie vor Jahrzehnten nur die Angehörigen einer "Oberschicht" eine Fremdsprache lernen durften und konnten, ist heute zum Beispiel Englisch in verschiedenen Stufen der Sprach- beziehungsweise Lesefertigkeit für viele Bürger unverzichtbar. Ähnlich wird es in Zukunft mit der Computertechnologie sein. Die USA sind uns hier um einiges voraus.

Die Harvard Universität hat bereits 1979 festgelegt: Alle Studenten müssen nach Abschluß ihres Grundstudiums nachweisen, "daß sie Mathematik beherrschen, mit Computern umgehen und Programme schreiben können". Zwar ist Harvard für mich kein alleiniger Maßstab. Ich kann aber nicht ausschließen, daß solche Qualifikationen schon bald auch zum Handwerkszeug von Studenten an Hochschulen in der Bundesrepublik gehören, auch wenn entsprechende Forderungen in zentralen Studienreform-Kommissionen noch nicht erhoben werden.

Bei den bildungsmäßigen Anforderungen aufgrund des breiten Eindringens von mikroelektronischen Produkten und Verfahren ist aus meiner Sicht in zwei große Anforderungsblöcke zu unterteilen:

- ein Umgangs- oder Grundlagenwissen sozusagen "für alle" und
- ein spezifisches Fachwissen für diejenigen, die enger beruflich mit der Mikroelektronik zu tun haben.

Zunächst zu dem EDV-bezogenen Grundwissen, über das in Zukunft möglichst alle Bürger unserer Gesellschaft verfügen sollten.

Viele Leute sehen bei dem Stichwort "Grundwissen über die Funktion und die Nutzung von Computern" bereits ellenlange mathematische Formeln oder hochkomplizierte technische Sachverhalte vor sich. Dies ist aus meiner Sicht unnötig. Vielmehr sollten alle schon mit der EDV beziehungsweise Mikroelektronik Vertrauten sich um allgemeine Verständlichkeit und Beschränkung auf das wirklich Notwendige bemühen und "Fachchinesisch" vermeiden. Damit wäre schon ein kleiner Schritt gegen das Entstehen von Vorurteilen und Abneigungen, gegen Mikroelektronik und Computer allgemein, getan.

Vernünftiger Umgang mit wertvollen Rohstoffen Recycling-Papier

Nicht zu wissen braucht nach meiner Meinung der normale Berufstätige und Bürger auch in Zukunft, was ein Flip-flop, ein Schieberegister, ein Multiplexer, direkter Speicherzugriff oder interne Busstruktur ist oder was der Unterschied zwischen einem statischen oder dynamischen RAM oder zwischen serieller oder paralleler Datenübertragung ist, um nunmeinerseits in Fachchinesisch zu verfallen. Ehrlich gesagt, ich verstehe das auch alles nicht!

Bescheid wissen sollte der Bürger dagegen aus meiner Sicht - und daraus formuliere ich einen allerdings noch nicht nach Schulstufen oder Schularten differenzierten - Auftrag an die Schule - zum Beispiel über folgende Fragen:

- Wie "denkt" beziehungsweise arbeitet ein Computer?

- Welche sozialen Risiken und welche ökonomischen Chancen oder, wenn einigen von Ihnen das lieber ist: welche Chancen und welche Risiken bringt die breitere Nutzung der Mikroelektronik mit sich? Wie wirkt sie sich auf die Arbeitsbedingungen und auf die Möglichkeiten für ihre Humanisierung aus? Ich knüpfe damit an das an, was ich einleitend sagte.

Er sollte ferner etwas wissen zu folgenden Themenbereichen:

- Welche Gebiete eignen sich besonders gut für eine Unterstützung durch den Computer und welche weniger?

- Welches sind Beispiele für Alltagssituationen, in denen künftig auch der Bürger mit elektronisch gesteuerten Prozessen in Verbindung kommen wird und deshalb die grundsätzliche "Logik" und Arbeitsweise, aber auch die damit einhergehenden Probleme, verstehen sollte? Ich nenne nur den schon oben erwähnten Bildschirmtext, Suchdienste in Bibliotheken und Datenbanken, Zahlungsautomaten in Bankgeschäften, automatische Bestellungen im Versandhandel, den Bereich der Freizeitelektronik und so weiter.

- Worum geht es beim Datenschutz?

- Was sind die grundsätzlichen Elemente und Strukturen eines Programms?

Welche Kenntnisse müssen nun diejenigen haben, die künftig im engeren Bereich der EDV-Berufe beziehungsweise von EDV-Anwendungen arbeiten wollen?

Im Grundsatz wird davon auszugehen sein, daß die spezifischen Kenntnisse nicht schon in der Schule, sondern erst in einer nachfolgenden beruflichen Ausbildung vermittelt werden. Soweit es die vorangehende allgemeinbildende Schule angeht, sind aber hier auch schon weitergehende physikalische und mathematische Kenntnisse notwendig. Diese müssen in geeigneter Verknüpfung und Abstimmung in den Fächern Physik, Mathematik und in dem Wahlfach Informatik vermittelt werden. Inwieweit wird die - weiterführende - Schule diesen Anforderungen gerecht?

Von verschiedener Seite wird in letzter Zeit wiederholt die Einführung eines eigenständigen Fachs Technik in allen Schulformen und Schulstufen des allgemeinbildenden Schulwesens gefordert. Angesichts der Aufgaben, die auf die Schulen im Zusammenhang mit der technologischen Entwicklung zukommen, könnte man Verständnis für eine solche Forderung aufbringen. Allerdings meine ich, daß wir erst einmal alle Möglichkeiten ausschöpfen sollten, die Mikroelektronik als Teil der modernen Technik im bestehenden Fächerkanon zu etablieren. In der Mathematik, in der Physik sowie insbesondere im dafür vorgesehenen Fach Informatik und in der Arbeitslehre, aber auch in den nicht-naturwis-

Vernünftiger Umgang mit wertvollen Rohstoffen Recycling-Papier

senschaftlichen Fächern. Ich möchte allerdings ausdrücklich vor einer Überfrachtung der Schule mit zusätzlichen Inhalten warnen. Wir alle beklagen Schulstreß, Leistungsdruck, Kampf um Zehntelnoten und Stoffülle in der Schule. Wir sollten daher vorsichtig mit der Einführung zusätzlicher Stoffe sein, der ja "alten" Stoff verdrängen muß. Auch hierüber lohnt ein Nachdenken - die Logarithmentafel gab ich für ein Basic-Handbuch?

Wenn ich mir Zahlen, Daten und Fakten aus den Ländern anschaue, die uns bekannt sind, so bin ich doch recht zuversichtlich, daß die Schule aufgeschlossen ist für technologische Entwicklungen. Ohne den Arbeitsgruppen morgen vorgreifen zu wollen oder zu können, hier ein paar Zahlen:

Wir wissen aus Baden-Württemberg, daß die Gymnasien zu über 80 Prozent, ebenso die kaufmännischen Berufsschulen und die gewerblichen Berufsschulen zu 25 Prozent mit Mikrocomputern ausgestattet sind. Wir wissen aus Bayern, daß im Rahmen der Kollegstufe Informatik als zweistündiger Grundkurs für ein Jahr angeboten wird. Siet dem Schuljahr 1981/82 wird Informatik sogar im Rahmen des Mathematik-Unterrichts in der 10. Jahrgangsstufe der mathematisch-naturwissenschaftlichen Gymnasien als Wahlpflichtgebiet angeboten. In der Sekundarstufe I sogar als Wahlfach in den Jahrgangsstufen 8, 9 und 10. Im Schuljahr 1982/83 soll in Bayern ein Versuch mit einem Wahlpflichtfach Informatik gestartet werden. Insgesamt gibt es an 1.045 bayerischen Schulen Informatik. 490 Schulen sind ausreichend ausgestattet, 20 davon im übrigen sind in Modellversuche integriert, die vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft gefördert werden.In Berlin werden demnächst von den cirka 90 Gymnasien und Gesamtschulen 40 mit Mikrocomputern ausgestattet werden. Und von den 160 Gymnasien des Landes Hessen haben zur Zeit 60 Prozent Zugriff auf Mikrocomputeranlagen. In Niedersachen werdenzur Zeit Rahmenrichtlinien für die gymnasiale Oberstufe an cirka 100 Gymnasien erprobt. Von den insgesamt 230 Gymnasien des Landes haben 98 eine DV-Anlage. Aus Nordrhein-Westfalen wissen wir, daß 44 Prozent aller Schulen im Sekundarbereich II einen Zugriff auf DV-Anlagen haben. In Schleswig-Holstein sind es cirka 30 Prozent der 300 Gymnasien, die mit Mikrocomputern ausgestattet sind.

Alles in allem wissen wir aber noch viel zu wenig über den Informatikunterricht in den Ländern, über seine tatsächliche Nutzung, über die Lehrpläne und Unterrichtsmaterialien, über Curriculumentwicklung, Ausstattung und vor allem Lehreraus- und fortbildung. Wir wissen auch zu wenig über die notwendig dazugehörende Behandlung von Fragen der ökonomischen Anwendung, der Wirkungen und der Nebenwirkungen, in den übrigen Fächern. Hier gibt es keine einfachen Wahrheiten. Da die Diskussion in der Öffentlichkeit zu diesen Fragen kontrovers ist und bleiben wird, muß sie es auch im Unterricht sein.

Es ist zum Beispiel noch nicht klar, was die allgemeinbildende Schule vermitteln muß und wie sie dies tun kann. Das Angebot eines Wahlfachs Informatik reicht sicher nicht aus. Die Frage ist, ob eine Grundstufe des Informatikunterrichts auch zum Pflichtfach im Sekundarbereich I und II gemacht werden sollte und wie geeignete Inhalte in anderen Fächern zum Beispiel Mathematik, Arbeitslehre, Deutsch, besonders auch Gesellschaftslehre, vermittelt werden können. Auch die Frage, über welche Aus- und Fortbildung ein Lehrer zur Vermittlung dieser noch im einzelnen zu bestimmenden Inhalte verfügen sollte, ist noch nicht geklärt.

Hier liegt also ein Aufgabenfeld, das aufgearbeitet werden muß, damit nicht das passiert, was der viel zu früh verstorbene Pädagoge Heydorn bereits 1972 diagnostizierte: "Das Verhältnis von Produktion und Bewußtseinsbildung ist heute dadurch gekennzeichnet, daß die Produktion zu bisher unbekannten Möglichkeiten gelangt ist und das gesellschaftliche Bewußtsein immer weiter zurückbleibt. Die Diskrepanz wird tödlich."

(-/30.6.1982/ks/rs)

\+ + +

Vernünftiger Umgang mit wertvollen Rohstoffen Recycling-Papier

Erfolg bei Arbeitsmarktpolitik

Widerspruchsausschüsse für Arbeitslose bleiben erhalten

Von Egon Lutz MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion für Arbeit und Sozialordnung

Erfolgsmeldungen im arbeitsmarktpolitischen Bereich sind in letzter Zeit selten. Diesmal gibt es eine: Die Zukunft der Widerspruchsausschüsse bei den Arbeitsämtern ist vorerst gesichert.

Mit den Stimmen der Gewerkschaftsvertreter und einer Mehrheit der Vertreter der öffentlichen Hand wurde die Erprobungsphase dieser drittelparitätischen Selbstverwaltungsgremien auf unbestimmte Zeit verlängert. Dies war eine begrüßenswerte und richtige Entscheidung. Denn: Wer wirklich zu der Grundidee der Selbstverwaltung steht, kommt an der Einrichtung der Widerspruchsausschüsse nicht vorbei. Dies sollte gerade auch für diejenigen gelten, die für verschärfte Zumutbarkeitsregeln eintreten. Dann wären nämlich Korrektive umso notwendiger, die nicht in einer bloßen Selbstkontrolle der Verwaltung liegen können. Demokratisierung und Kontrolle von Verwaltungsentscheidungen tut hier not!

Aber es gibt noch mehr gute Gründe, die auch der DGB anführt, die für die Beibehaltung der Widerspruchsausschüsse sprechen.

1. Von 36.000 Beschwerden werden jetzt im Gegensatz zu früher bereits 15.000 von der Verwaltung vorweg erledigt. Es zeigt sich also, daß die Existenz der Ausschüsse auf die Korrektheit und Genauigkeit des Verwaltungshandelns Einfluß hat.

2. Die demokratische Entscheidungsfindung in den Ausschüssen wird auch von den Betroffenen akzeptiert. Nur noch jeder neunte Widerspruch geht zum Verwaltungsgericht. Vorher war es noch jeder sechste.

3. Die Kooperation zwischen Verwaltung und Selbstverwaltung der Arbeitsämter klappt jetzt besser.

Diesen Argumenten haben sich der Arbeitgeberverband und einige Ländervertreter weiterhin verschlossen. So war erst eine Kampfabstimmung im entscheidenden Ausschuß des Verwaltungsrats der Bundesanstalt für Arbeit erforderlich. Auch die Verwaltung der Bundesanstalt ist von den Widerspruchsausschüssen nicht begeistert. Man argumentiert mit zu hohen Kosten. Dabei hatte sich immerhin eine Mehrheit der drittelparitätisch besetzten Selbstverwaltungsgremien aller einzelnen Arbeitsämter ebenfalls für die Beibehaltung der Widerspruchsausschüsse ausgesprochen.Vor Ort war sogar die Ablehnung auf Arbeitsgeberseite nicht einhellig. Lediglich die Direktoren der einzelnen Arbeitsämter votierten mehrheitlich anders. Das verwundert nicht. Schließlich stand ihnen früher die Entscheidungsbefugnis statt der Widerspruchsausschüsse zu.

Nun bleibt zu hoffen, daß sich die Einsicht in die Notwnedikgeit dieser Einrichtungen auch bei der Opposition durchsetzt, wenn die Frage der Widerspruchsausschüsse nach Abschluß der ersten Probephase zum 30. Juni dem Bundestag zur Stellungnahme vorliegt.

(-/30.6.1982/ks/rs)

\+ + +

Vernünftiger Umgang mit wertvollen Rohstoffen Recycling-Papier

Polen-Pakete nicht mehr gebührenfrei

Forderung nach weiterer gezielter Hilfe

Von Volker Neumann MdB

Obmann im Unterausschuß Humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages

Ab 1. Juli entfällt die Gebührenbefreiung für Postpakete nach Polen. Die SPD-Fraktion hat schweren Herzens diesem Beschluß des Bundeskabinetts zustimmen müssen. Cirka 3,5 Millionen Pakete sind in der ersten Hälfte dieses Jahres nach Polen geschickt worden und fast 65 Millionen DM werden dafür aus dem Bundeshaushalt an die Deutsche Bundespost gezahlt. Eine Verlängerung der Gebührenbefreiung um ein weiteres halbes Jahr hätte wegen der gestiegenen Portogebühren etwa 110 Millionen DM an Haushaltsmitteln erfordert. Dabei wäre ein großer Teil des Geldes an die DDR als Durchgangsland und an Polen gezahlt worden.

Beispielsweise kostet ein Paket bis zu 15 kg nach Polen ab 1. Juli 1982 29,90 DM an Porto. Davon beansprucht die DDR 3,20 DM und Polen 13,90 DM. Trotz Verhandlungen mit der DDR und Polen waren diese nicht bereit, auf ihre Gebührenanteile zu verzichten oder diese zu ermäßigen. Gerade Polen hat ab 1. Juli seinen Anteil an den Paketgebühren drastisch und zwar bis zu 105 Prozent erhöht.

Eine weitere Gebührenbefreiung läßt sich im Hinblick auf die Haushaltslage nicht mehr rechtfertigen. Für humanitäre Hilfe stehen im Bundeshaushalt 45 Millionen DM zur Verfügung. Humanitäre Hilfe aber leistet die Bundesrepublik in vielen Ländern der Welt, zum Beispiel: Pakistan, Libanon, Somalia, Mittelamerika, Südost-Asien, Uganda. Allein für Polen waren zusätzlich 65 Millionen Gebühren bereitgestellt worden. In Anbetracht der Aufgaben der humanitären Hilfe in der ganzen Welt wäre es nicht gerechtfertigt gewesen, für Polen allein einen weiteren Betrag von 110 Millionen DM nur für Postgebühren in den Haushalt einzusetzen.

Gefordert werden muß aber, daß nach Polen weiter gezielte Hilfe geleistet wird. Für diesen Teil der Hilfe, der über die Organisationen wie Rotes Kreuz, Caritas, Diakonisches Werk und Arbeiterwohlfahrt gehen muß, sollten weitere Mittel bereitgestellt werden. Die Hilfsorganisationen können vor Ort am ehesten den Bedarf feststellen und effektive Hilfe leisten.

Die Versorgungslage in Polen hat sich nach den letzten Berichten leicht gebessert, obwohl noch niemand die Ernteaussichten präzise beurteilen kann und mit weiteren Schwierigkeiten gerechnet werden muß. Es mangelt in Polen an Medikamenten und Krankenhausartikeln.

Trotz der nun leider auslaufenden Gebührenbefreiung muß die Aktion im nachhinein als ein großer humanitärer und politischer Erfolg angesehen werden. Daß Millionen Bürger Pakete an die polnischen Nachbarn geschickt haben und daß sie Kontakte geschaffen haben und halten, ist wohl das deutlichste Zeichen einer umfassenden Aussöhnung des deutschen mit dem polnischen Volk. Dies war nur möglich, weil die sozialliberale Koalition Anfang der 70er Jahre durch die Verträge mit Warschau die politische Voraussetzung dafür geschaffen hat. (-/30.6.1982/ks/rs)

\+ + +

Vernünftiger Umgang mit wertvollen Rohstoffen Recycling-Papier

Der bayerischen Demokratie die Tore aufgestoßen

Zum sechzigsten Todestag von Georg von Vollmar

Von Emil Werner
Ehemaliger Sprecher der bayerischen SPD

Georg von Vollmar, der am 30. Juni 1922 im Alter von 72 Jahren verstarb, war seit seiner Rückkehr nach München im Jahre 1883 bis zu seinem Ausscheiden aus der Politik der unumstrittene Führer der bayerischen Sozialdemokratie. Er war 26 Jahre Landesvorsitzender der Partei und er gehörte 26 Jahre dem bayerischen Landtag und 34 Jahre dem Deutschen Reichstag an.

Für die damalige Zeit war es ungewöhnlich, daß sich der 1850 geborene Sproß eines alten Münchner Adelsgeschlechtes - einer Beamten- und Offiziersfamilie - der Sozialdemokratie anschloß. Gemäß der Familientradition wurde er bereits mit 15 1/2 Jahren Offizier der bayerischen Armee. Er machte 1866 den Krieg gegen Preußen als Unterleutnant mit. Ein Jahr später verließ er die bayerische Armee und schloß sich der päpstlichen Fremdenlegion an. Aufgrund seiner religiösen Erziehung folgte er einem Aufruf, dem im Kirchenstaat bedrängten Papst zu Hilfe zu kommen.

In Rom wurde er bitter enttäuscht und kehrte bald nach Bayern zurück. Im deutsch-französischen Krieg, den er als Eisenbahntelegrafist mitmachte, wurde er verwundet. Beim Abtransport brach die Tragbahre, wodurch sich Vollmar eine Rückenmarkverletzung zuzog. Während eines langen Krankenlagers verarbeitete er seine Erfahrungen und näherte sich der Sozialdemokratie.

Im Jahre 1877 erhielt er in Dresden eine Anstellung als Redakteur, die ihm bald eine Gefängnisstrafe eintrug. Nach der Entlassung ging er nach Zürich und leitete dort die Redaktion des Sozialdemokrat, der während des Sozialistengesetzes nach Deutschland geschmuggelt wurde.

Im Jahre 1881 wurde er in Sachsen in den Reichstag und später auch in den sächsischen Landtag gewählt. Im Jahre 1883 kehrte er nach München zurück. Hier gewann Vollmar 1884 den Reichstagswahlkreis München II für die Sozialdemokraten. Mit Ausnahme der Jahre von 1887 bis 1890 wurde er bis zur Niederlegung des Mandates im Jahre 1918 mit steigender Stimmenzahl wiedergewählt. Er erreichte schließlich in München zweieinhalbmal so viele Stimmen wie der nächstfolgende Kandidat.

Vernünftiger Umgang mit wertvollen Rohstoffen Recycling-Papier

Vollmar wurde nicht Sozialdemokrat aufgrund einer wissenschaftlichen Theorie, wie etwa August Bebel, Wilhelm Liebknecht, Karl Kautsky oder Eduard Bernstein; er war weit stärker als diese Gefühlssozialist. Das trug sicherlich wesentlich zu seiner Entwicklung zu einem Reformpolitiker bei.

Franz Mehring bezeichnete in seiner Geschichte der deutschen Sozialdemokratie Vollmar als "echten Sohn des alten Bayern", der davon überzeugt gewesen sei, "daß eine schablonenmäßig auf das großindustrielle Proletariat zugeschnittene Taktik in München geringen, im übrigen Altbayern so gut wie gar keinen Erfolg haben werde". Ohne den prinzipiellen Standpunkt der Partei zu leugnen, habe er ihn doch den bayerischen Verhältnissen anzpassen versucht.

Schade, daß Vollmar nicht stärker dem politischen Bewußtsein der heutigen Zeit gegenwärtig ist, denn vieles was er vor vielen Jahrzehnten gesagt hat, ist so aktuell wie damals. So zum Beispiel die Mahnung, daß der kritisierende Geist leicht in den Fehler der grundsätzlichen Verneinungssucht verfällt und meint, alles was besteht, sei schon deshalb schlecht und zu bekämpfen, weil es besteht. Vollmar nannte dies eine Kinderkrankheit, die bei einer kleinen beginnenden Bewegung wenig bedeutet. Eine große Partei müsse jedoch alles vermeiden, "was ihr vor der öffentlichen Meinung, welche sie gewinnen will, mit Recht schaden kann".

Georg von Vollmar sagte dies in seinen berühmten "Eldorado-Reden" im Jahre 1891 in München!

Nach 1945 bemühte sich vor allem Waldemar von Knoeringen darum, an die Tradition Georg von Vollmar wieder anzuknüpfen. Er schrieb über sein großes Vorbild unter anderem: "Zehntausende folgten seinem Sarg. Sie spürten, daß hier einer gegangen war, der, obwohl er keine staatliche Macht in seinen Händen hielt, durch die Kraft seiner Persönlichkeit, durch die Stärke seines Charakters und durch die Klarheit seiner Gedanken selbst zu einer Macht geworden war... Wenn ich in einem Satz den Wert dieses Mannes umschreiben soll, so möchte ich sagen: Er hat in der bayerischen Demokratie die Tore aufgestoßen in eine neue Zeit, und ein Hauch seines Geistes wird immer dabei sein, wo in unserem Bayernland die Demokratie lebt und die soziale Gerechtigkeit gefordert wird." (-/30.6.1982/ks/ca)

\+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

Vernünftiger Umgang mit wertvollen Rohstoffen Recycling-Papier